

Wie Seeg in Zukunft heizen könnte

Die Gemeinde Seeg hat eine Studie zur kommunalen Wärmeplanung durchführen lassen. Das sind die Ergebnisse.



Zahlreiche Seeger informierten sich im Gemeindesaal über die Chancen und Möglichkeiten von Wärmenetzen im Ort. Foto: Matthias Wörz

Von Matthias Wörz

Seeg Welche Möglichkeiten der Wärmeversorgung könnte Seeg noch erschließen? Diese Frage war Thema einer Analyse zur kommunalen Wärmeplanung in der Gemeinde. Die Ergebnisse der Studie wurden bei einer Bürgerinformationsveranstaltung im Gemeindezentrum vorgestellt. Dabei wurde klar: Seeg könnte ein großes Wärmenetz aufbauen.

Das Interesse der Bürger war groß, als Vertreter der Firmen „heatbeat“ und „Enerpipe“ ihre Ergebnisse präsentierten. Die beiden Unternehmen hatten den Auftrag, eine Wärmeplanung für die Gemeinde zu erstellen. Hintergrund ist das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung, das Kommunen verpflichtet, einen solchen Plan erstellen zu lassen. Das Ergebnis sollte beispielsweise zeigen, in welchen Ortsteilen sich die Umsetzung von Wärmenetzen aus wirtschaftlicher, technischer und ökologischer Sicht anbietet. „Das ist für uns keine lästige Pflichtaufgabe, sondern ein gutes und nachhaltiges Ziel“, sagte Bürgermeister Lorenz Schnatterer.

Zunächst nahmen die Fachleute dafür eine Bestandsanalyse vor. Dabei wurde der derzeitige Energiebedarf im Honigdorf sowie die eingesetzten Energieträger festgestellt. Anschließend untersuchten sie, welche Potenziale zur Wärmegewinnung noch vorhanden sind. Zum Beispiel wurde betrachtet, welche Möglichkeiten für Abwärme aus der Industrie es gibt oder welche erneuerbaren Energien erschlossen werden könnten. Anschließend teilten die Experten den Ort in Wärmeversorgungsgebiete ein und entwickelten Zielszenarien. Das Resultat ist ein Maßnahmenkatalog, der auf dem Wärmeplan basiert.

Für die Wärmeversorgungsgebiete betrachteten die Unternehmen vier verschiedene Optionen. Zum einen das Wärmenetz, also ein System, das mindestens 17 Gebäude miteinander verknüpft, und diese mit Wärme versorgt. Die zweite Option ist ein dezentrales Versorgungsgebiet. Hier sind individuelle Lösungen zum Heizen sinnvoller als ein ganzes Netz. Die beiden anderen Optionen, ein Wasserstoffnetzgebiet und ein Prüfgebiet, sind in der Planung nicht vorgesehen.

Bei der Bestandsanalyse stellte sich heraus, dass etwa 72 Prozent der Gebäude im Ort vor 1979 erbaut worden sind. „Bauten dieser Art verursachen deutschlandweit rund zwei Drittel des Energiebedarfs im Gebäudesektor“, erklärte Christina Minzl von Enerpipe. Ungefähr 17 Prozent der Gebäude seien 25 Jahre alt oder jünger und hätten somit einen vergleichsweise niedrigen Energiebedarf. Das dominierende Heizsystem ist der Ölkessel. Fossile Heizsysteme machen über 60 Prozent des Bestands aus. Immerhin 28 Prozent der Heizanlagen laufen aber über feste Biomasse wie Pellets.

Insgesamt hat die Gemeinde einen Endenergiebedarf zur Wärmeversorgung von 29,7 Gigawattstunden pro Jahr. Daraus resultieren 6206 Tonnen Treibhausgase. Das Ziel der Wärmeplanung ist es vor allem, diesen Wert zu reduzieren. Potenzial sehen die Fachleute dabei vor allem in der Solarthermie sowie in der Geothermie mittels Sonden. Laut den Berechnungen der Planungen könnten allein mittels dieser beiden Technologien über 300 Gigawattstunden pro Jahr für die Wärmeherstellung produziert werden.

In den Augen der Experten sind vornehmlich drei Gebiete im Ortskern wahrscheinlich für ein Wärmenetz geeignet. Denkbar wäre auch, dieses mit dem bereits im Aufbau befindenden Wärmenetz in Hitzleried zu verbinden. Bei den übrigen Bereichen bietet sich vorwiegend die dezentrale

Wärmeversorgung an. „In diesen Gebieten kann es allerdings trotzdem Sinn machen, sich mit den Nachbarn abzusprechen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen“, erklärte Raphael Reichenberger von Enerpipe. In dem Fall würde man dann aber von einem Gebäudenetz und nicht von einem Wärmenetz sprechen.

Die Zuhörer hatten einige Fragen an die Experten. Unter anderem wurde bezüglich des Potenzials für Biogas und Wasserstoff nachgefragt. Für Ersteres müsste erst ein Landwirt eine Biogasanlage bauen, erklärte Reichenberger. Für Wasserstoff liege das Allgäu zu weit weg vom Kernnetz, zudem sei keine lokale Produktion geplant. Ein weiterer Seeger hatte eine Frage hinsichtlich der Einteilung des Wärmenetzes. Hier stellten die Vertreter der beiden Firmen klar, dass dies erst Teil der späteren Planungen sei.

Die nächsten Schritte seien nun, konkretere Machbarkeitsstudien anzufertigen und das Projekt weiter voranzutreiben, erklärte Reichenberger. Wichtig zu wissen ist: Der Wärmeplan ist im Grunde nur eine erste Analyse ohne rechtliche Bindung. Er sagt derzeit noch nicht aus, welche Maßnahmen die Gemeinde tatsächlich ergreifen wird. Zudem liefert er keine Antworten für Einzelgebäude, sondern ist als strategische Betrachtung für die ganze Kommune zu verstehen. Der entwickelte Maßnahmenkatalog wird von der Gemeinde ausgelegt, sodass Bürger Rückfragen dazu stellen können.